

Beratungsfolge Vorlage ist für alle hier angegebenen Sitzungen bestimmt	Sitzungstermin
Rat	03.02.2026
Ausschuss für Bau, Vergabe, Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten	03.03.2026
Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Verwaltungsentwicklung	12.03.2026
Haupt- und Finanzausschuss	17.03.2026
Rat	24.03.2026

Stellenplan 2026

hier: Zusätzlicher Stellenanteil von 0,5 VZÄ für die juristische Sachbearbeitung und Unterstützung des Antikorruptionsbeauftragten und Geheimschutzbeauftragten

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 VZÄ (A 13) im Stellenplan 2026 zu.

Sachverhalt:

Die Stadtverwaltung Haan sah sich in den vergangenen Jahren mit einer kontinuierlich wachsenden Anzahl rechtlicher Fragestellungen, sowie steigenden Anforderungen an interne Compliance- und Kontrollstrukturen konfrontiert. Zur Sicherstellung einer rechtssicheren, effizienten Verwaltungsarbeit wird daher die Einrichtung einer zusätzlichen 0,5-Stelle im Bereich des Amtes für Brandschutz, Recht und öffentliche Ordnung als erforderlich angesehen.

1. Erweiterter Aufgaben- und Verantwortungsbereich

In den letzten Jahren wurden zusätzliche Querschnittsaufgaben übertragen, die weit über die klassische Rechtsberatung hinausgehen. Insbesondere betrifft dies:

- a) die Wahrnehmung der Funktion der **Antikorruptionsbeauftragten** und damit verbundenen Compliance- und Kontrolltätigkeiten.
 - Prävention (Erarbeitung von Verhaltensregeln z.B. zum Umgang mit Vorteilen, Begleitung des Hinweisgebersystems/Evaluation)
 - Beratung und Unterstützung des Bürgermeisters in allen Fragen der Korruptionsprävention
 - Sensibilisierung der Mitarbeitenden
 - Mitwirkung bei der Prüfung von Verdachtsfällen
 - Monitoring und Controlling
 - Schnittstelle zu externen Akteuren (Ombudsleute, sowie RPA)

- b) die Aufgaben der bzw. des **Geheimsschutzbeauftragten**.
 - Sicherstellung und Durchführung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes
Der Geheimsschutzbeauftragte sorgt innerhalb der Kommune dafür, dass das Sicherheitsüberprüfungsgesetz und die dazu ergangenen Regelungen tatsächlich angewendet und umgesetzt werden.
 - Organisation des Geheimsschutzes
Dies umfasst die materielle und organisatorische Sicherung vertraulicher Informationen (Verschlussachen),
z. B.:
 - Kennzeichnung und Klassifizierung von Verschlussachen
 - Richtiger Umgang, Transport und Aufbewahrung (z. B. Verschlussachenzimmer, Schränke)
 - Umsetzung technischer und organisatorischer Schutzmaßnahmen entsprechend der Verschlussachenanweisung (VSA NRW)
 - Personeller Geheimsschutz (Sicherheitsüberprüfungen)
Dieser spielt eine zentrale Rolle bei der Initiierung und Begleitung von Sicherheitsüberprüfungen für Personen, die sicherheitsempfindliche Tätigkeiten ausüben oder Zugang zu Verschlussachen erhalten sollen (z. B. Mitarbeitende mit VS-Zugriff), sowie der Bewertung von Sicherheitsrisiken und Mitwirkung bei Entscheidungen, ob die veranlassenen Überprüfungen unbedenklich sind oder es Sicherheitsbedenken gibt.
Prozesssteuerung, Prüfung von Unterlagen/Dokumenten und Zusammenarbeit mit der Verfassungsschutzbehörde
 - Beratung und Unterrichtung
Beratung der Stadtverwaltung zu Geheimsschutzfragen, Verhalten beim Umgang mit Verschlussachen, notwendigen Schutzmaßnahmen und Risiken im Zusammenhang mit personeller Sicherheit
 - Kontroll- und Überwachungsaufgaben
Überwachung, ob festgelegte Schutzmaßnahmen eingehalten werden, z. B. korrekte Verwahrung von Verschlussachen, Einhaltung organisatorischer Abläufe und Aktualität von Sicherheitsunterweisungen
 - Dokumentation
Führung der Akten und Dokumentation der Sicherheitsüberprüfungen und Ergebnisse, Unterweisungen, Entscheidungen und Absprachen mit Sicherheitsbehörden

Diese Dokumentation ist für Revisions- und Kontrollzwecke zwingend erforderlich.

Diese Aufgaben sind aufgrund gesetzlicher Vorgaben zwingend notwendig und binden bei entsprechender Wahrnehmung erheblich Ressourcen.

2. Zunehmende rechtliche Komplexität

Die Anzahl der Rechtsfragen, gerichtlichen Verfahren (Anzahl neuer gerichtlicher Verfahren in 2023-2025: 55, Bearbeitungszeiten circa 2 Jahre bei der derzeitigen Verfahrensdauer) und Beteiligungen an Projekten nimmt stetig zu. Ämter und Abteilungen benötigen zunehmend juristische Begleitung. Der Komplexitätsgrad dieser Themen hat sich deutlich erhöht.

3. Einsparpotenzial durch Reduktion externer Mandatierungen

Eine personelle Verstärkung im Amt für Brandschutz, Recht ermöglicht eine deutlich stärkere interne Bearbeitung rechtlicher Fragestellungen. Durch die Schaffung der 0,5-Stelle kann die Verwaltung künftig die Anzahl an kostenintensiven Mandatierungen externer Rechtsanwaltskanzleien (in 2025 ca. 43.800 €) reduzieren. Die Maßnahme ist daher auch wirtschaftlich sinnvoll.

Abschließen ist anzumerken, dass es derzeit keinerlei Vertretung für den Bereich Justizariat gibt. Bei Urlaub oder Krankheit der Amtsleitung des Amtes 32 findet keine Vertretung/Bearbeitung statt. Anfallende Eilrechtsschutzverfahren bei Abwesenheit der Amtsleitung werden sofern erforderlich extern vergeben. Dies verursacht unnötige zusätzliche Kosten.

Es findet keinerlei juristische Beratung/Ersteinschätzung von Sachverhalten o.ä. statt. Gerichtstermine werden -sofern das Gericht einer Verlegung nicht zustimmt- ohne juristischen Beistand durch Sachbearbeitungen geführt. (hohes Prozessrisiko für die Stadt Haan) Auch vor diesem Hintergrund ist die Implementierung der o.g. Stelle sinnvoll und geboten.

Finanz. Auswirkung:

Personalkosten ca. 32.600 € p.a. (Erfahrungsstufe 6, inkl. Familienzuschlag Stufe 1)

Nachhaltigkeitseinschätzung:

keine Auswirkungen